

Demo gegen die Bahn doch vor Museum

Initiative „Zug der Erinnerung“ war vor Gericht gegen Verbot der Stadt erfolgreich

Die Initiative „Zug der Erinnerung“, die von der Bahn als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn eine angemessene Entschädigung für deportierte NS-Opfer fordert, darf nun doch am heutigen Samstag vor dem DB-Museum demonstrieren. Die Stadt hat ihr Verbot zurückgezogen.

Wie gestern im Regionalteil unserer Zeitung berichtet, hatte die Stadtverwaltung die Kundgebung verboten, weil sie laut Initiative eine „Gefährdung von Sicherheit und Ordnung“ sah. Robert Pollack vom Ordnungsamt stellte daraufhin klar, dass das Gelände um das Verkehrsmuseum derzeit für den großen Festakt am 7. Dezember zum 175. Jubiläum der ersten deutschen Eisenbahnfahrt mit dem „Adler“ vorbereitet wird, zu dem unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bahnchef Rüdiger Grube erwartet werden – das Museum ist wegen der Feier vom 6. bis 8. Dezember geschlossen. Es läge noch viel Material für die Aufbauarbeiten herum, an dem sich Teilnehmer der Demo verletzen könnten. Dagegen hatte die Initiative beim Verwaltungsgericht in Ansbach in einem Eilverfahren Klage eingereicht.

Die Stadt habe ihr Verbot schließlich zurückgezogen, sagte Hans-Rüdiger Minow, Sprecher der Gruppe, laut Nachrichtenagentur dapd. „Das ist ein sehr großer Erfolg für uns.“ Der zuständige Richter habe der Stadt signalisiert, dass sie in diesem Rechtsstreit unterliegen könnte. Pollack wird in der Meldung mit den Worten zitiert: „Den Demonstranten ist ein Platz zugewiesen worden, der etwas entfernt vom Eingang des Museums ist.“ Dort liege auch kein Baumaterial herum. Im Übrigen habe die Stadt die Kundgebung nie ganz verboten, sondern lediglich die Örtlichkeit für die Abschlusskundgebung beanstandet.

Zu der Protestkundgebung werden, so Minow, mehrere Hundert Menschen erwartet. Viele von ihnen reisten aus der Ukraine, Weißrussland und Russland an. Die in Friesenhagen im Westerwald ansässige Organisation demonstriert gegen die Bahn, die ihrer Ansicht nach die Überlebenden der Transporte in die NS-Vernichtungslager entschädigen muss.

Die bundesweite Demonstration „Gerechtigkeit für die Überlebenden“ beginnt am heutigen Samstag, 4. Dezember, um 12.30 Uhr am Nürnberger Hauptbahnhof. Zwischen 15 Uhr und 18.30 Uhr ist ein Kulturprogramm geplant.

nn